

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.39 Uhr
Ende: 14.45 Uhr

1) Verantwortung für die Freiwillige Feuerwehr Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! In der Sitzung des Bezirkskoordinationsausschusses Graz - Stadt am 11. November 2010 teilten Sie mit, Sie haben von Herrn Bürgermeister Mag. Nagl die Verantwortung für die Freiwillige Feuerwehr Graz übernommen.

In der Kleinen Zeitung vom 02.03.2011 erklärten Sie nun, Sie wären für die Freiwillige Feuerwehr Graz nicht zuständig.

Um Klarheit in die oben angeführten Aussagen zu bekommen, richte ich an Sie im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs die

Anfrage:

Haben Sie für die Freiwillige Feuerwehr die Verantwortung übernommen oder nicht
(*Applaus FPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich weiß nicht, ob wir beim selben Bezirkskoordinationsausschuss waren, ich war bei jenem am Donnerstag, dem

11. November, von 16.00 bis 17.00 Uhr. Habe hier eine Teilnehmerliste, ihr Name steht zwar auch oben und viele andere und habe das Protokoll vor mir liegen und genau zwei Wortmeldungen meinerseits. Grabner: „Für den Wirtschaftstourismus sei es hilfreich, vorab Informationen zu erhalten“ und die zweite wäre gewesen: „Es sollte für die Bevölkerung vorgedacht werden, indem man die Bevölkerung medial vorbereitet und mitteilt, was sich tue. Hochwasserschutz vor Polizei etc., es habe sich viel bei der Freiwilligen Feuerwehr getan und dies sollte auch medial vermarktet werden.“ Nun meine Frage an Sie, was Sie hier behaupten, ist Unrecht, ist eine Lüge, ich ersuche Sie, dieser entgegenzutreten und ich habe genau die Wahrheit kundgetan in der Kleinen Zeitung, dass ich für die Freiwillige Feuerwehr nicht zuständig bin, denn das ist nicht möglich aufgrund der Gesetzeslage, die Sie ja selbstverständlich auch kennen, die vom Land vorgegeben ist. Gerne lese ich Ihnen diese noch einmal vor, ich glaube, das ist nicht notwendig, aber ich kann für die Freiwillige Feuerwehr gar nicht zuständig sein, da würde ich meine Kompetenzen überschreiten. Für das Budgetäre, auch die Effizienz in der Kooperation zwischen Berufsfeuerwehr und auch der Freiwilligen und des Katastrophenschutzes übernehme ich selbstverständlich gemeinsam mit dem Herrn Bürgermeister im Sinne der Sicherheit für unsere Bevölkerung und im Sinne der Effizienz die Verantwortung, aber ansonsten ist es auch rechtlich nicht möglich, und dies habe ich nicht gesagt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Gibt es eine Zusatzfrage und ich bitte auch die Frau Stadträtin das Wort Lüge...

StRin. Mag.^a **Grabner**: Es tut mir leid, dann nehme ich dieses Wort sehr gerne zurück, dann sage ich Unwahrheit. Ich hoffe, Sie nehmen es zur Kenntnis, danke dafür, Sie haben die Unwahrheit gesagt zu diesem Protokoll am 11. November.

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Stadtrat! Das kann mich nicht erschüttern das Wort Lüge, ich subsumiere es bei Ihnen als jugendlicher Leichtsinn, damit vergessen wir das. Nur die Zusatzfrage wäre: Wie erklären Sie sich, dass mir dann der Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr, der Herr Nestler, das war am Dienstag, mitgeteilt hat, dass diese Aussage sehr wohl gefallen ist.

StRin. Mag.^a **Grabner**: Herr Gemeinderat, das kann ich Ihnen nicht beantworten, ich habe den Herrn Nestler nicht gefragt, aber wir können ihn gerne fragen. Sie haben sich berufen auf das Protokoll vom 11. November, das steht auch hier drinnen, dass ich das am 11. November gesagt hätte, und das ist nicht korrekt. Sie haben in Ihre Frage hineingeschrieben, oder das wurde zu Protokoll gegeben, und das ist nicht korrekt. Das Protokoll, Herr Gemeinderat, wie Sie wissen, können Sie jederzeit ausheben, das habe ich natürlich auch gemacht, weil man kontrolliert natürlich Dinge auch die gesagt werden, aber ich kann es Ihnen gerne sonst noch einmal mitgeben (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 13.45 Uhr den Vorsitz.

2) Fragwürdiger Spargedanke beim Grazer Büro für Frieden und Entwicklung

GR. **Grosz** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Eingangs bei der Diskussion um den Katastrophenschutz, Gott möge uns vor einer Katastrophe bewahren, wenn wir eine

Stadträtin haben, die nicht weiß, für was sie zuständig ist (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In Ihren Amtsbereich fällt das Grazer Büro für Frieden und Entwicklung, mir liegt das Budget 2010/2011 und der Abschluss vor. Ausgaben steigen von 154.450 Euro auf 199.700. Die Veranstaltungen hingegen werden gekürzt von 52.500 auf 37.400, währenddessen die Öffentlichkeitsarbeit signifikant steigt von 10.300 auf 14.000 Euro. Graz unterwirft sich dem Spargedanken, der Bund spart, das Land spart, wir erleben gerade ein Sparpaket auf Landesebene, die Stadt, zumindest sagt sie es, auch in ihrem eigenen Verwaltungsbereich, daher meine

Frage

an Sie: Halten sie es tatsächlich für sparsam und effizient, dass in einer Zeit des allgemeinen Sparens der Verwaltungsstrukturen im Büro für Frieden und Entwicklung, insbesondere diese Personalkosten im Gesamtbudget gestiegen sind, auch die Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit, währenddessen die wesentlichen Kosten für die Veranstaltungen gesunken sind?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat, lieber Gerald Grosz! Um noch auf dein Eingangsstatement zurückzukommen, du hast Recht, angesichts der Tatsache, wie wir den heutigen Gemeinderat beginnen mussten oder begonnen haben, möge uns Gott vor Katastrophen bewahren. Die Frau Stadträtin hat sehr deutlich gesagt, dass sie weiß, wer im Katastrophenfall die Verantwortung trägt, ich als Bezirkshauptmann von Graz habe die Koordination im Katastrophenbereich über und die Frau Stadträtin hat das auch sehr, sehr deutlich durch das Zitieren der notwendigen Gesetzesstellen heute hier kundgetan. Jetzt aber zu deiner konkreten Frage. Manchmal denke ich mir, du hast wirklich so viele Hüte auf in Form von Positionen und Funktionen, dass du manchmal nicht ganz mitbekommst, was sich in

Graz tut. Das Friedensbüro erhält seit dem Jahre 1998 immer die gleiche Fördersumme, das waren ursprünglich 1,5 Millionen Schilling und sind seit der Euroumstellung 109.000 Euro. Wir beide wissen, es bedeutet eine kleine, aber letztendlich auch über die Jahre doch gerechnet spürbare Kürzung, weil es gibt so etwas wie den Index und wenn du immer gleichviel Geld kriegst, musst du dich nach der Decke strecken. Hochgerechnet auf die letzten zehn Jahre hat das Friedensbüro 1.090.000 Euro erhalten. Dieses Geld wurde jedoch unter anderem als Eigenmittel bei den EU-Projekten eingesetzt und so konnten im gleichen Zeitraum vom Friedensbüro 606.988 weitere Euro von Seiten der EU, also zusätzlich, lukriert werden. In den letzten Jahren hat sich das Friedensbüro wieder ganz seiner ursprünglichen Aufgabe zugewandt, nämlich der Förderung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen in Graz. Die vier Damen, die wir im Friedensbüro beschäftigen und verschiedene zusätzliche Arbeitskräfte über freie Dienstverträge, sind in Schulen und zwei Siedlungen tätig, um den Grazerinnen und Grazern zu helfen, besser miteinander auszukommen. Da es, wie du weißt, überall, wo mehrere Menschen Räume und Flächen gemeinsam nutzen, auch zu Spannungen kommt, ist ein Vermitteln unter verschiedenen Positionen leider auch immer häufiger notwendig. Daher haben wir beschlossen, das Friedensbüro generell mit der Nachbarschaftsmediation im Bereich von Mehrparteienhäusern zu beauftragen. Finanziert aus Mitteln des Bürgermeisteramtes und der Wohnungsstadträtin Elke Kahr. Das Projekt nennt sich Nabas, Nachbarschaftsservice und wird von Elke Kahr und mir in den nächsten Tagen dann auch noch einmal öffentlich präsentiert werden. Das ist der Grund, warum das Friedensbüro nun eine höhere Subvention erhält, das heißt, wir haben das Thema der Konfliktbewältigung in unserer Stadt im Speziellen nicht nur dem Friedensbüro, aber im Speziellen auch dem Friedensbüro übertragen und das bedeutet, dass sie selbstverständlich auch mit Zustimmung des Gesamtremiums, das wir dort haben, in ihren Positionen manchmal mehr und manchmal weniger im Öffentlichkeitsbereich oder sonst wo ausgeben. Aber es ist ein Gremium, das tagt, da gibt es ein klares Programm, ich freue mich, dass wir eine kompetente Ansprechstelle haben, weil wir, und das ist vielleicht nicht unwesentlich, bei den Konflikten in Siedlungsgebieten oder

in Häusern sehr oft draufkommen, dass schon allein das einmalige Gespräch mit einem Verantwortlichen der Stadt, ob jetzt unmittelbar oder beauftragt die Probleme schon lindert, weil die Menschen wissen, ich kann mich an eine Stelle wenden. Also, Aussage des Friedensbüros bei 50 % der Fälle, die sie haben, reicht oft schon das Gespräch. In einer weiteren großen Prozentzahl, also fast weitere 40 %, soweit ich das jetzt im Kopf habe, ist eine einmalige Vermittlung und ein einmaliges Gespräch notwendig, einfach um aufzuklären, welche Missverständnisse da vorherrschen, und nur in einem sehr geringen Prozenteausmaß brauchst du dann wirklich ein Mediationsprojekt, das dann zum Teil manchmal auch mehrsprachig etc. über die Bühne gehen muss. Aber ich habe eine große Freude, wir werden das jetzt dann auch vorstellen, das war auch in der Koalitionsregierung in unserem Vertrag drinnen, dass wir uns vermehrt diesem Thema zuwenden wollen. Also das friedliche Zusammenleben von Menschen, nicht nur in der Schule, sondern leider jetzt auch nach Hause zu den Menschen in die Siedlungen und Wohnungsprobleme. Deswegen gibt es jetzt mehr Geld, aber es ist ein größerer Leistungsumfang (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Einleitend nur kurz, Herr Bürgermeister, diese mehreren Funktionen, auch wenn es zwei sind, sind nicht hinderlich, auch den Radius zu erweitern. Dementsprechend hast ja du auch maßgebliche Funktionen im Städtebund und versteckst dich nicht nur innerhalb der Stadt Graz. Zumal 90 % der Abgeordneten zum Nationalrat auch Kommunalpolitiker sind. Aber ich werde es deinen Kollegen der ÖVP-Fraktion im Nationalrat gerne ausrichten. Aber zurück zu dem Gesagten. Du hast gesagt, 109.000 Euro, wenn ich es jetzt richtig in Erinnerung habe, ist der Kostenbeitrag der Stadt Graz...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** War die Grundsubvention, so. Jetzt sind wir die Inflationsabgeltung, und die Anpassung würde ich gerne sehen, auch die letzten zehn Jahre, die immer zwischen 1,7 und 2,3 bis jetzt drei Prozent liegt, dass wir jetzt bei den Einnahmen aus der Stadt Graz, und das ist das Originaldokument, bei 1.074.500 Euro liegen, und das was ja meine Kritik ist und auch meine Frage ist, sind die Personalkosten effizient, wenn sie von 174.000 Euro als größter Brocken auf 199.000 Euro gestiegen sind, zumal das richtige Mediationsprojekt, auch in der Nachbarschaftshilfe mit plumpen 7.000 Euro dotiert ist. Und ich sage, wenn wir so eine Einrichtung haben, dann können wir nicht einerseits 7000 Euro im Budget 2011 für dieses Projekt vorsehen und auch wenn wir noch das HASIF-Bezirksprojekt dazunehmen noch 20.400, aber den größten Brocken als Beschäftigungstherapie sehen. Und ich sage noch einmal, ist es effizient, dass gerade die Personalkosten gestiegen sind, währenddessen die Projektkosten gesunken sind, die Frage der Effizienz, ich halte es für ineffizient.

Bgm. Mag. **Nagl:** Das ist ja genau ein Projekt, in dem du den Menschen brauchst, damit vermittelt wird, damit Gespräche geführt werden, damit quasi fast rund um die Uhr jemand da ist und dafür braucht man Personal und genau, und das geht nicht mit dem Computer, das geht mit Menschen und deswegen braucht man den effizienten Einsatz, und ich kann nur wiederholen, dass die Damen, die bei diesem Projekt auch im Friedensbüro mitarbeiten, mehr geben und auch in der Vergangenheit schon mehr gegeben haben, als wofür sie bezahlt worden sind, das war ein klares Aufstocken, da gab es eine klare Beschlussfassung, auch bei uns im Budget und in den Gremien und das ist der Grund, wieso wir de facto dort eine ordentliche Steigerung haben, weil wir

jetzt auch erstmalig nach draußen gehen im Friedensbüro und das Projekt so ausgeweitet haben (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.50 Uhr den Vorsitz.

3) Wirtschaftsziele für die Stadt Graz

GR. Mag. **Mariacher** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! Wir haben für die heutige Gemeinderatssitzung die Wirtschaftsziele der Stadt Graz übermittelt bekommen. Wie ich mir das angeschaut habe, habe ich mir gedacht, als erster Gedanke, da fehlt eigentlich nur noch ein Hochglanz-Einband, das würde zu diesem Dokument passen. Allein die Sätze aus dieser Studie heraus: „Die Verbindung von Kultur und hoher Genussqualität der anerkannten ‚City of Design‘ mit einer dynamischen, modernen, kreativen Wirtschaft schafft eine hohe Lebensqualität“, scheint mir doch eher einer Broschüre einer Werbe- statt einer Informationsbroschüre zu entstammen. Ich möchte aber konkret auf das Inhaltliche eingehen. Es wird darin erwähnt, und das ist wirklich ein sehr ernsthaftes Anliegen, es wird erwähnt, dass rund in der Ausgangssituation 50 % der Beschäftigten der, hören Sie mir zu, Frau Stadträtin?, dass rund 50 % der Beschäftigten in gewerblichen Unternehmen auf Handwerk, Gewerbe und Industrie entfallen, doch gerade diese Arbeitsplätze, denke ich, sind wichtige Arbeitsplätze, die einfach erhalten werden müssen. Insbesondere jene abseits der Industrie, die einfach in der gegenständlichen Studie stiefmütterlich behandelt werden.

Offensichtlich, das ist meine Conclusio daraus, besteht eine merkwürdige Vorstellung der wirtschaftlichen Realität darin, dass bei einer Zeitungsmeldung à la „HighTech-Betrieb schafft 200 Arbeitsplätze“, diese sodann alle lauter „Wissenschaftler oder Wissenschaftlerinnen“ seien. Davon wird schon ein mehr oder minder erheblicher Anteil diesem Typus zugehörig sein, das ist natürlich klar, aber die weit überwiegende Mehrheit wird Hightech-Produkte sodann „schaffen“, und zwar besonders auf Hightech-Konzeptionen durch Facharbeiter und HighTech-Betrieben beziehungsweise im Zukauf von KMUs mit gewerblicher beziehungsweise handwerklicher Expertise. Ich denke da an Dreher, Drechsler, Schlosser, Schweißer oder Mechaniker.

Vor dieser der wirtschaftlichen Realität und den der Statistik entnehmbaren Fakten verbundenen Darlegung ergeht folgende

F r a g e

an die zuständige Stadträtin:

Was und wie viel der Ihnen seitens der Stadt Graz zur Verfügung stehenden Ressourcen gedenken Sie in Erhaltung und Fortentwicklung der bestehenden Arbeitsplätze zu investieren, um kurz- und mittelfristig jenes Umfeld zu begünstigen, auf welchem gravierende Teile der derzeit in Graz als Angestellte und Arbeiter beschäftigten Personen und deren in Graz situierte Unternehmen sich gedeihlich entwickeln können beziehungsweise im Fortbestand unterstützt werden, beziehungsweise ist beabsichtigt, die gegenständliche „Broschüre“ zugunsten der Bestandarbeitsplätze zu adaptieren?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Werter Herr Gemeinderat! Danke für Ihre Frage, welche mir auch gleich die Möglichkeit gibt, zu Beginn der Gemeinderatssitzung im Rahmen der Fragestunde all jenen Akteuren zu danken, welche im letzten Jahr, wir haben gemeinsam ein ganzes Jahr lang im Rahmen der Wirtschaftsplattform an diesem

Konzept gearbeitet, eben mitgearbeitet haben an diesem strategischen Papier, ein Dankeschön an die Vertreter der Stadt Graz, Magistratsdirektion, der Baudirektion, dem Schulressort, welches neu hinzugekommen ist in diesem Jahr, die Abteilung für Liegenschaftsverkehr sowie Graz Tourismus Marketing GmbH, City Management, der Messe, dem Tourismusverband, der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer, unserem Klub der Grünen, natürlich auch meinem Büro und im Speziellen auch der Wirtschaftsabteilung, der Abteilung 15; des Weiteren dem Herrn Mag. Gruber, welcher auch das Land unterstützt im Rahmen der strategischen Aufbereitung und auch dem Herrn Mario Weiß, Herrn Dr. Mario Weiß. Nun stelle ich mir die Frage und die Frage an Sie, möchten Sie all jene Akteure, mit welchen wir zusammengearbeitet haben, so hinstellen, dass wir eine Broschüre erarbeitet hätten, das stimmt mich schon sehr traurig, doch ich denke auch all jene, die dabei waren und sehr hart gearbeitet haben an einem strategischen Papier. Ein strategisches Papier ausgehandelt, konzipiert für die nächsten fünf Jahre. Selbstverständlich auch mit Visionen, mit Zielen, mit Leitlinien und mit kurzfristigen und auch immer wieder neuen prozessorientierten Maßnahmen. Es ist keine Informationsbroschüre, auch haben wir aufgrund dessen, dass ich alle Akteure auch der Wirtschaft, der Industriellenvereinigung miteinbezogen habe, selbstverständlich die wirtschaftliche Realität vorliegen und wenn ich Ihnen das gerne, das Papier mit allen Maßnahmen noch vorlegen darf, welche Maßnahmen für die Handwerksbetriebe, für diese Klein- und Mittelbetriebe in den nächsten, nicht nur nächsten Jahren, sondern Tagen, da sind, dann werden Sie sehen, dass sehr, sehr viel passiert und es ist alles in wirtschaftlicher Hinsicht überdacht und miteinbezogen worden (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! An dieser Information wäre ich sehr interessiert, Sie haben leider die Beantwortung jetzt nicht genützt, um diese Ziele wirklich darzulegen. Meine Zusatzfrage lautet, nachdem Sie ja selbst von Zielen

gesprächen haben, welche konkreten zehn operationierbaren dargestellten Ziele setzen Sie sich als zuständige Stadträtin für Wirtschaft für die vor uns liegenden Jahre 2011 und 2012?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Diese Ziele, die ich Ihnen vorweg nicht gesagt habe, gelten nur daher, dass einfach auch mit den Maßnahmen verbunden die Dauer meine Redezeit überschreiten würde. Das heißt, ich gebe Ihnen das gerne weiter, denn wir mit allen Akteuren haben sehr, sehr viele Maßnahmen gesetzt, das sind an der Zahl, aber ich bekomme heute noch einmal eine Frage dahingehend, aber es gibt auch ein Stück, Herr Gemeinderat, und zu diesem Stück gibt es auch eine Beilage zum Gemeinderat, in dem alle Maßnahmen noch einmal aufgelistet sind, aber ich kann es Ihnen gerne sonst jetzt noch einmal mitgeben, wo alle Ziele drinnen sind. Es sind mehr wie zehn, auch mehr Maßnahmen, und die fünf strategischen Leitlinien sind natürlich auch noch einmal angeführt und aufgelistet (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Ich bedanke mich.

4) Hot-Spot-SozialarbeiterInnen

GR. **Rajakovics** stellt an StRin. Mag.^a Dr. **Schröck** folgende Frage:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Seit nunmehr fünf Monaten ist die sogenannte Hot-Spot-Sozialarbeit im Laufen, wir haben im Jahr 2009 heftige Diskussionen gehabt darüber, wie man denn auch im öffentlichen Raum mit

Problemgruppen oder mit Randgruppen umgehen soll. War es vor allem auch Ihre Vorgängerin Stadträtin Edlinger, die sehr darauf hingewiesen hat, wir müssten doch auch nicht nur die Ordnungswache stärken, sondern auch die Sozialarbeiter entsprechend aufstocken. Daraufhin hat es im November 2009 eine Zusage gegeben, diese vier Personaleinheiten auch zu finanzieren, es hat dann etwas länger gedauert, aber immerhin im Oktober 2010 sind diese Sozialarbeiter bei der Stadt Graz auch angestellt worden. Meine

F r a g e

ist nun: Wie ist der Auftrag von Ihrer Seite an diese SozialarbeiterInnen?

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Gemäß des Leitbildes für mobile Sozialarbeit für Erwachsene im öffentlichen Raum in Graz, welches im Sozialamt mit den Hot-Spot-SozialarbeiterInnen erarbeitet wurde, arbeiten diese mit folgendem Auftrag von meiner Seite: Mobile Sozialarbeit soll präventive Arbeit im öffentlichen Raum sein. Die mobile Sozialarbeit der Stadt Graz soll sich als parteiliche Interessensvertretung für die von sozialer Benachteiligung Betroffenen und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgegrenzten Menschen verstehen. Grundlagen sind das Prinzip der Chancengleichheit aller Menschen und das in der Österreichischen Bundesverfassung garantierte Recht auf ein menschenwürdiges Leben sowie die Akzeptanz der Verschiedenartigkeit der Menschen und deren Lebenskonzepte. Die sozialarbeiterische Grundhaltung gegenüber den Betroffenen ist die Konzentration auf die Fähigkeiten und die Ressourcen der Zielgruppe und nicht auf deren Defizite. Die mobile Sozialarbeit der Stadt Graz versteht sich als Ergänzung zu den Sozialangeboten der Stadt Graz und nicht als ihre Konkurrenz. Weiters übernimmt die mobile Sozialarbeit der Stadt Graz keine Agenden, die der Ordnungswache zukommen und auch keine Agenden, die im sicherheitspolizeilichen Bereich liegen.

Zielgruppen der mobilen Sozialarbeit sind erwachsene Personen, die von sozialer Benachteiligung beziehungsweise von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ausgrenzung und Stigmatisierung bedroht oder betroffen sind, Menschen, die allgemeinen Unterstützungsbedarf haben, Menschen, die sich im öffentlichen Raum bewegen und selbstverständlich Menschen, die keine anderen Beratungs- oder Betreuungsangebote nutzen beziehungsweise nicht zu nutzen wissen. Mobile Sozialarbeit richtet sich demnach insbesondere an jene Menschen, für die der öffentliche Raum, vor allem die Plätze und die Parks in der Grazer Innenstadt der zentrale soziale Lebensraum sind. Die Zielgruppe ist dadurch gekennzeichnet, dass sie alle ein tiefes Misstrauen gegenüber allen behördlichen Institutionen haben und man kann sagen, sie haben alle mit komplexen Problemsituationen zu tun, also es geht um Wohnungslosigkeit, es geht um finanzielle und materielle Armut, es geht um psychische, physische Erkrankungen, es geht vor allem auch um Abhängigkeiten. Die derzeit örtliche Zuständigkeit liegt im Stadtpark, im Volksgarten, am Hauptplatz und im Bereich des Hauptbahnhofs. Die mobile Sozialarbeit orientiert sich an den fachlichen Mindeststandards der Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork Österreich, zum Beispiel eben die Orientierung an den Lebenswelten, an den Bedürfnissen der Betroffenen. Um eine professionelle sozialarbeiterische Hilfeleistung im Arbeitsfeld der Sozialarbeit im öffentlichen Raum gewährleisten zu können, darf ich um etwas mehr Ruhe bitten, sind folgende Arbeitsbereiche unerlässlich: die aufsuchende Sozialarbeit, also das Prinzip des Streetwork, Einzelfallhilfe und individuelle Begleitung und Beratung, gemeinwesenorientierte Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit in relevanten Arbeitskreisen und Gremien. Weiter möchte ich gar nicht ausholen, das Leitbild, wenn Sie nähere Informationen dazu wünschen, Herr Gemeinderat, kann ich Ihnen selbstverständlich jederzeit aushändigen (*Applaus SPÖ*).

GR. Rajakovics: Danke für die Ausführungen, die natürlich sehr allgemein das Thema Sozialarbeit beschreiben. Das ist für mobile Sozialarbeit so, dass sie halt sehr

allgemein gefasst sind. Zwei Zusatzfragen in einer formuliert. Das eine wäre, nachdem wir ja den Hauptplatz als Hot Spot eindeutig sehen und wahrnehmbar hier sich nichts verändert in den letzten Monaten, im Gegenteil, in letzter Zeit das Ganze wieder etwas schwieriger geworden ist, mag vielleicht auch die Umbausituation mit sich bringen, dass dort der Raum insgesamt enger geworden ist rund um den Billa. Meine Frage ist, wo oder welches Gremium diese Leitlinien letztlich beschließt für so eine Gruppe beziehungsweise, ob Sie bereit sind, diese Leitlinien inklusive auch der MitarbeiterInnen dem Sozialausschuss auch einmal vorzustellen den Mitgliedern des Sozialausschusses und dass man vielleicht auch über Inhalte mehr diskutieren können, weil Parteilichkeit und analog dem Streetwork ist bei Sozialarbeitern im Auftrag der Stadt Graz für mich zum Beispiel eine Frage, die wir einmal diskutieren sollten (*Applaus ÖVP*).

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Zu Ihrer zweiten Frage, selbstverständlich können wir das gerne einmal im Sozialausschuss besprechen. Wie gesagt, dieses Leitbild ist mit den mobilen SozialarbeiterInnen gemeinsam erstellt worden, mit mir abgestimmt worden. Zum Hot Spot Billa ist zu sagen, dass die SozialarbeiterInnen in sehr intensivem Kontakt sind, man muss dazusagen, dass diese Gruppe, die sich da unten am Eck versammelt, eine sehr inhomogene Gruppe ist, also es sind nicht immer die Gleichen, die dort hinkommen, ganz im Gegenteil, es gibt da sogar einen kleinen Tourismus, wenn man so sagen will, es kommen einige Personen von auswärts, die dann den Tag dort verbringen, Alkohol konsumieren, wahrscheinlich auch andere Substanzen konsumieren, also es ist eine sehr schwer greifbare Gruppe. Die mobilen SozialarbeiterInnen haben sehr intensiven Kontakt zum berühmten Billa-Ecke, es braucht natürlich eine gewisse Zeit, bis eine Vertrauensbeziehung aufgebaut ist. Was ich noch dazusagen möchte, wir haben derzeit drei Stellen besetzt, und drei Sozialarbeiter, die mobil unterwegs sind in Graz, können die Probleme einer so großen Stadt schlichtweg nicht wettmachen, können sie nicht lösen, wir können hier

punktuell verbessern, aber wir können nicht garantieren, dass es keine Schwierigkeiten mehr an irgendwelchen öffentlichen Räumen gibt mit so wenig mobilen SozialarbeiterInnen (*Applaus SPÖ*).

5) Sanitätsjuristin/Sanitätsjuristen

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann** stellt an StR. Dipl.-Ing. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Mit Freude und mit Erstaunen habe ich, als ich die Wochenendausgabe vom Grazer am Sonntag gelesen habe, gesehen, dass die Gesundheitsprecherin der ÖVP, Frau Mag.^a Verena Ennemoser, die Forderung gestellt hat, dass für das Gesundheitsamte in Sanitätsjurist oder eine Sanitätsjuristin eingesetzt werden soll. Mit Freude habe ich das deswegen eigentlich vernommen, da das ja genau die Forderung vom Gesundheitsamt ist und von jedem bisherigen Gesundheitsstadtrat, und das ist auch verankert im Rechnungshofbericht des Jahres 2008. Mit Erstaunen habe ich jetzt allerdings vernommen beziehungsweise bemerkt, dass, seit es diese Forderung gibt, das Personalressort bei der ÖVP angelagert ist und seit es diese Forderung gibt, der Forderung nicht nachgekommen worden ist und das, obwohl im Gesundheitsamt sehr komplexe juristische Fragen gelöst werden müssen. Es ist hier der hoheitliche Vollzugsbereich gefragt und es ist eigentlich unabdingbar, dass vor allem in so schwierigen Zeiten hier kein Sanitätsjurist oder keine Sanitätsjuristin eingesetzt ist. Deswegen unterstützt natürlich auch der Gesundheitsstadtrat diese Forderung betreffend von den Dienstposten einen Sanitätsjuristen und es wäre natürlich der Wunsch, dass das auch in dem Dienstpostenplan dann verankert wird. Deswegen stelle ich die

Frage

namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion:

Sind Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, auch in Entsprechung der von der Gesundheitssprecherin Ihrer Fraktion, Frau Mag.^a Ennemoser, medial gestellten Forderung bereit, im demnächst neu zu beschließenden Dienstpostenplan für das Gesundheitsamt den Dienstposten eines Sanitätsjuristen/einer Sanitätsjuristin mit einer der Wichtigkeit dieser Funktion entsprechenden Wertigkeit und mit entsprechender budgetärer Bedeckung vorzusehen (*Applaus SPÖ*)?

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Frau Gemeinderätin! Zunächst einmal ist mir klar, dass die Frau Mag.^a Ennemoser immer gute Vorschläge hat, wie auch in diesem Fall (*Applaus ÖVP*), ich denke aber, dass die Forderung in erster Linie einmal zunächst nicht an den Personalstadtrat zu stellen ist, sondern an das Gesundheitsamt, auch dann an das dafür verantwortliche Stadtsenatsmitglied. Ich kann Ihnen nur sagen mit bestem Gewissen, diese Forderung ist von Gesundheitsseite bis jetzt nie an mich herangetragen worden, kein einziges Mal. Ich finde die Idee sehr gut und ich kann Ihnen auch mitteilen, ich habe mich inzwischen erkundigt im Präsidialamt und in der Magistratsdirektion, und zwar ist geplant, dass, und nicht nur geplant, sondern auch schon in Umsetzung, dass im Rahmen eben der Gesamtkonzeption der juristischen Beratung durch das Präsidialamt auch im Präsidialamt die juristische Beratung in Sanitätsfragen in allen Fragen, die hier angeschnitten sind, vom Präsidialamt übernommen wird und auch vom Präsidialamt eingerichtet wird. Ich habe in der Angelegenheit mit der Frau Präsidialvorständin gesprochen und dass sichergestellt wird, demnächst zum Laufen beginnen, sodass diese Aufgabe auf jeden Fall so erfüllt werden kann.

GRin. Mag.^a Dr. **Sprachmann**: Und zwar, ich bin selbst Juristin und im Vollzug tätig und ich denke mir, dass, wenn hier auch eine Stabsstelle oder eine Anlaufstelle im Präsidialamt eingeführt wird, dass das einfach zu wenig ist, weil im Grund, man muss sich im juristischen Bereich immer mehr spezialisieren, der Gesundheitsbereich, das ist ein absolut eigener Bereich und ich denke mir, dass es wirklich notwendig ist, in diesem Bereich einen richtigen Dienstposten, der auch angelagert ist im Gesundheitsamt, zu schaffen (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Ich kann dazu nur einen Kommentar abgeben, ich denke, dass die grundsätzliche Idee sehr gescheit ist und sehr klug ist, diese juristische Beratung für alle Abteilungen im Magistrat im Präsidialamt zu konzentrieren. Ich glaube, es ist einfach einmal erforderlich, die Verhandlungen, die Gespräche aufzunehmen, um zu sehen, ob da nicht eben auch ein Konsens, eine befriedigende Lösung für beide Seiten gefunden wird. Wenn nicht, dann stehe ich selbstverständlich auch für weitere Gespräche bereit, aber nochmals, die Aufgabenerfüllung, so wie sie sich jetzt darstellt, ist, dass dieser Dienst vom Präsidialamt übernommen wird (*Applaus ÖVP*).

6) Koppelung von Wirtschaftsförderungen und Dienstleistungen-Vergaben an Gleichstellungsorientierung

GRin. Mag.^a **Grabe** stellt an StRin. Mag.^a Dr. **Schröck** folgende Frage:

GRin. Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Martina! Du bist ja rund um den 8. März zitiert worden mit Forderungen in Krone und Kleine Zeitung, die wir als Grüne ja auch schon seit Jahren stellen, die Wirtschaftsförderung der Stadt Graz und

Auftragsvergabe konkret an Frauenförderungsmaßnahmen oder Gleichstellungsmaßnahmen zu koppeln. Meine Frage ist konkret, welche Projekte du in Planung hast aus deinem Bereich, da mit gleichstellungspolitischen Beispiel voranzugehen. Ein Beispiel haben wir ja bereits in der GBG schon ausprobiert, oder es wird in diesem Jahr starten. Mich würde interessieren eben, ob du dir schon Gedanken gemacht hast, was in deinem Ressort möglich ist.

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Daniela! Erst einmal danke für diese Anfrage, das gibt mir die Möglichkeit, über zwei Herzensanliegen von mir hier im Gemeinderat zu sprechen. Ich möchte vorausschicken, es handelt sich hier um eine Querschnittsmaterie, ich als Frauenstadträtin kann hier nur unterstützen, begleiten, kann aber, nachdem ich nicht für alle Förderungen zuständig bin, das auch nicht selbst exekutieren sozusagen. Zur Wirtschaftsförderung: Im vorigen Jahr, ich warte einfach bis es wieder leiser wird, im vorigen Jahr ist im Landtag Steiermark einstimmig beschlossen worden, die Wirtschaftsförderungen, Gleichstellungskriterien zu koppeln, das bedeutet, wenn ein Betrieb eine Wirtschaftsförderung bekommt, dann verpflichtet er sich zu Gleichstellungsmaßnahmen. Das reicht von der Installierung eines Frauenförderplanes bis hin zu betriebseigenen Kinderbetreuungseinrichtungen, und das richtet sich je nach der Größe der Unternehmen. In der Stadt Graz könnten wir dies mit Adaptierungen umsetzen. Ich weiß, dass in der Stadt Graz natürlich nicht solche Summen wie auf Landesebene ausbezahlt werden, es geschieht trotzdem Wirtschaftsförderung, es werden Förderungen in Form von Mietzuzahlungen oder auch tatsächlich in monetärer Form ausbezahlt. Ich bin schon im letzten Jahr an die zuständige Stadtsenatsreferentin Sonja Grabner herangetreten, wir hatten ein sehr gutes Gespräch, ich würde jetzt schon gerne über konkrete Ergebnisse berichten, aber leider ist noch nichts Konkretes herausgekommen, drum, vielleicht hier an dieser Seite noch einmal der Appell an die Sonja Grabner, hier wirklich weiterzudenken und mein Angebot auf

Zusammenarbeit anzunehmen. Wie gesagt, ich kann als Frauenstadträtin nur fachlich begleiten, ich zahle keine Wirtschaftsförderungen aus. Zur Dienstleistungsvergabe: Hier hat es ja immer wieder oder es gibt schon eine lange Geschichte, wie Gleichstellungsmaßnahmen in Vergaben irgendwie hineinformuliert werden können, bisher ist man immer gescheitert. In Wien hat man jetzt eine Möglichkeit gefunden, indem man nämlich die Gleichstellungskriterien nicht in die Vergabe hinein nimmt, sondern in den Umfang der Ausgeschriebenen, als Teil des Auftrags sozusagen. Das läuft jetzt in Wien seit September 2010 als Pilotprojekt, es gibt sehr gute Rückmeldungen und mit diesem System ist es auch möglich, Strafgehalte einzuziehen, wenn diese Kriterien verletzt werden. Wie gesagt, aus meinem Ressortbereich fachliche Unterstützung, Begleitung durch das Frauenreferat, es kann nur ressortübergreifend hier zu Änderungen kommen. Ich gehe natürlich gerne auch in meinem eigenen Ressort mit gutem Beispielen voran, aber ich muss dazusagen, ich habe keine Dienstleistungsvergaben, die finden vorwiegend bei den Töchtergesellschaften und den Beteiligungen der Stadt Graz statt. Eines muss ich noch dazusagen, ich bin ein bisschen verwundert und ich finde, es wäre eigentlich angebracht gewesen, mich zu informieren, wenn ein derartiges Pilotprojekt, wie es jetzt bei den Reinigungskräften passiert, wenn man da an mich herangetreten wäre, weil ich frage mich schon, wer soll dieses Projekt konkret umsetzen? Machst du das als Gemeinderätin, gibt es da externe Begleiterinnen oder Begleiter, hätte das vielleicht nur irgendwie auf einer Ankündigungsebene stehenbleiben müssen, wie ernst ist das wirklich gemeint, wenn eigentlich keine Umsetzungskompetenz gegeben ist? Ich kann berichten, dass es bereits Kontaktaufnahmen von Seiten des Frauenreferates mit der GBG gegeben hat und dass das angekündigte Projekt jetzt Gott sei Dank tatsächlich stattfindet (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Grabe**: Ich weiß nicht, ob ich auf die Zusatzfrage von der Frau Stadträtin reagieren soll, es war eine Frage, ich weiß nicht, warum du es nicht weißt, das ist im

Frauenrat besprochen worden. Die unabhängige Frauenbeauftragte Maggie Jansensberger war dabei, es war eine Untergruppe vom Frauenrat, die im Auftrag vom Frauenrat genau diese Punkte im Bereich der Reinigungskräfte verhandelt hat (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Doris Kirschner, du warst am Anfang auch bei dieser Gruppe dabei, also das Ganze hat eine längere Vorgeschichte, hätte auch bei dir ankommen können, ist jetzt nicht meine Aufgabe, denke ich, diese Informationen weiterzutragen, wenn etliche andere Frauen dabei auch beteiligt sind und daran arbeiten, und das Projekt ist konkret bei der nächsten Ausschreibung in Umsetzung. Aber da können wir später noch mal genauer drüber reden. Meine Zusatzfrage ist jetzt: Planst du auch neben offenbar doch nicht eigenen Aktivitäten, aber zumindest Aktivitäten, in diesem Bereich auch mehr Öffentlichkeitsarbeit zu machen, also Aufklärungsarbeit im Bereich Gleichstellungspolitik für die es ja offenbar deutlichen Bedarf gibt, denn wenn ich jetzt zumindest der Krone ausnahmsweise einmal glaube, die dich zitiert, dass du in der Stadt Graz die Quote in den Aufsichtsräten forderst, sehe ich einen Aufklärungsbedarf, denn diese Quote haben wir im September 2010 bereits umgesetzt, eingeführt und sie wird kontinuierlich bei fast jeder Gemeinderatssitzung mit weiteren Aufsichtsratsänderungen auch erfüllt, und nebstbei hatten wir neben dieser 40%-Mindestquote und 50 % Ziel auch bereits vorher schon eine höhere Frauenquote in den Aufsichtsräten als vorher unter einer SP-Regierung. Also daher die Frage, gibt es Öffentlichkeitsarbeit zu dem Bereich, dass auch auf die Stadtregierungsbank jetzt sich diese Information verbreitet?

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Liebe Daniela, es wird natürlich immer von meiner Seite Öffentlichkeitsarbeit geben in die Richtung...

Zwischenruf GR. Grosz: Kostenintensive.

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Ich verstehe Sie nicht, egal, kostenintensiv, warum soll das kostenintensiv sein, wenn ich über eine Pressekonferenz meine Meinung mitteile, was ist da kostenintensiv, Herr Gemeinderat? Ich habe noch nie für einen Zeitungsartikel bezahlt, ich kann Sie beruhigen. Aber, wie gesagt, ich werde natürlich immer wieder an die Öffentlichkeit gehen, und es ist wichtig nach wie vor darauf hinzuweisen, dass viel zu wenig Frauen in Machtposition vertreten sind und das freut mich, wenn das bei den Aufsichtsräten sich kontinuierlich ändert. Faktum ist, wenn wir die Abteilungsvorständinnen anschauen in der Stadt Graz, dann reden wir von 17 % Frauen und...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Machtpositionen sind das keine.

StRin. Mag.^a Dr. **Schröck**: Das sind auch Machtpositionen, wenn das keine sind, dann gebt sie es doch her, ihr Männer. Das sind immer die Diskussionen und ich werde mich natürlich dafür einsetzen und ich gebe dir Recht, es sind noch in diesem Haus viel zu wenig Frauen vertreten und da schaue ich jetzt gerade die Parteien an, die keine Frauen oder sehr wenig Frauen in ihren Reihen sitzen haben. Wir in der SPÖ haben ein Reißverschlussystem, das ist bei uns selbstverständlich. Bei jeder Listenerstellung gibt es Frau/Mann/Frau/Mann, egal bei welcher Liste der SPÖ Graz. Wir stellen das gerne als Vorbild zur Verfügung und würden uns freuen, wenn sich auch die anderen Parteien diesem anschließen würden. Danke (*Applaus SPÖ*).

7) Zukunft der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen

GR. **Sikora** stellt an StR. Eisel-Eiselsberg folgende Frage:

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die Führung von städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen war in der Vergangenheit immer wieder ein heißes Thema. Im Kontrollausschuss wurde in Bezug auf die Kinderkrippe Prohaskagasse die Diskussion geführt, ob Kinderbetreuungseinrichtungen in Zukunft ausschließlich von privaten Trägern oder städtisch geführt werden sollen. Anlass für diese Diskussion waren – wie in so vielen Bereichen – die Kosten. Unsere städtischen Einrichtungen weisen einen sehr hohen Qualitätsstandard auf, den einige private Einrichtungen nicht in der Lage sind einzuhalten.

Die Entlohnung für MitarbeiterInnen von privaten und städtischen Betreuungseinrichtungen unterscheidet sich erheblich – zu Ungunsten der Beschäftigten von privaten Trägern. Dies ist auch der Grund, warum von der Stadtregierung immer mehr die Führung von privaten Einrichtungen befürwortet wird.

Die KPÖ tritt für eine gerechte und angemessene Entlohnung der MitarbeiterInnen ein und spricht sich entschieden gegen Lohndumping im Zuge von Privatisierungen aus.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Wie weit gehen Ihre Überlegungen in Bezug auf die zukünftige Rechtsform der städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen und wie ernst zu nehmen sind die

angedachten Maßnahmen, Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen in Form von PPP-Modellen zu organisieren, beziehungsweise welche städtischen Einrichtungen kommen Ihrer Ansicht nach dafür in Frage (*Applaus KPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Wie Sie wissen werden, regelt ja das Steiermärkische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz sehr, sehr vieles. Vom Personalschlüssel über Quadratmeter pro Kind, die erforderlich sind, über Infrastruktur und sonstige Ausstattung. Ich glaube, das steirische Gesetz ist an und für sich kein schlechtes und auch im österreichweiten Vergleich ein gutes, allerdings hinkt es aus meiner Sicht und aus unserer Sicht und insbesondere aus der Sicht der Träger von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen bisweilen der Realität nach, vielleicht insbesondere auch in Ballungszentren, so wie es Graz ist. Stichwort sprachliche Förderung, hier hinkt einfach das Gesetz nach, so wie es heute formuliert ist und wir haben uns gemeinsam darauf verstanden, dass wir nicht darauf warten wollen, wie Initiativen des Grazer Gemeinderates oder sonstiger politischer Gruppierungen beim Land gehört werden und das Gesetz geändert wird. Wir möchten als Stadt Graz gemeinsam mit den privaten Trägern hier einfach auf die Realität mehr Bezug nehmen und uns insbesondere drei Themenbereichen widmen. Der erste Bereich, das geht es um Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung, der zweite Bereich, was können wir als Stadt gemeinsam mit den privaten Anbietern Eltern von Kindern im Pflichtschulalter anbieten sowohl in der Schulzeit am Nachmittag, aber auch in der schulfreien Zeit inklusive Sommer, und der dritte große Bereich ist eigentlich nach innen gerichtet, hier möchten wir als Stadt Graz uns die Frage stellen, wie müssen wir als große Einheit mit fast 900 MitarbeiterInnen in Zukunft aufgestellt sein, um diese angesprochenen Herausforderungen bestmöglich bewältigen zu können. Ich kann Ihnen zu diesem Projekt heute nicht meine persönliche Meinung sagen, die ist auch gar nicht wesentlich. Viel wesentlicher ist, dass in dieser Projektgruppe eben verschiedene Modelle angeschaut werden, die

reichen von Beibehaltung des Status quo über Eigenbetrieb bis hin zu einer GmbH-Lösung mit oder ohne private Beteiligung. Das ist ein ergebnisoffener Prozess, und mir ist auch wichtig zu sagen, dass am Ende dieses Projektes keine Vorentscheidung getroffen wird, sondern nur Empfehlungen ausgesprochen werden. So weit reichende Entscheidungen müsste selbstverständlich dann auch der Gemeinderat mittragen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sikora:** Ja, danke, sehr geehrter Herr Stadtrat! Nur eine kurze Zusatzfrage auch im Namen der vielen hunderten Bediensteten der städtischen Einrichtungen. Ob Sie einfach nur bereit sind, Zwischenberichte über die Ergebnisse der Projektgruppe für die Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen zu geben (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Herr Gemeinderat, der Zeitplan für dieses Teilprojekt ist ein sehr ambitionierter, wir möchten eigentlich schon Ende Mai mit diesem Projekt soweit fertig sein, dass wir Empfehlungsvarianten vorlegen können. Wir sind ja hier im engen Kontakt auch mit der Personalvertretung, sowohl was die Gesamtstadt anbelangt, aber insbesondere mit jenen Personalvertretern und Personalvertreterinnen, die im Amt für Jugend und Familie tätig sind. Ich gehe also davon aus, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über den Stand der Verhandlungen mehr oder weniger laufend informiert sind. Aber, wie gesagt, das Projekt sieht ein Projektende schon mit Ende Mai vor und das Projekt nimmt keine Entscheidung vorweg. Insofern glaube ich, dass wir so, wie wir geplant haben zusammenzuarbeiten bei, diesem Projekt das Auslangen finden werden (*Applaus ÖVP*).

8) Spezielle Förderungen für städtische Gewerbe- und Handelsbetriebe

GR. **Hötzl** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Stadträtin! Die von Ihnen präsentierte Wirtschaftsstrategie 2015 ist in ihrer Grundintention durchaus zu begrüßen. Wir haben darüber schon geredet. Allerdings vermisse ich klare und konkrete Maßnahmen, um die städtischen Klein- und Mittelbetriebe im Segment des Handels und Gewerbes gezielt zu unterstützen. In der Vergangenheit habe ich hierorts bereits zahlreiche Anfragen ähnlichen Inhalts an Sie gerichtet, wobei Ihre Antworten vor allem darauf abzielten, den Status quo als Optimalzustand zu präsentieren.

Im Gegensatz zu Ihnen bin ich allerdings der Ansicht, dass gerade in gegenständlichem Segment noch viel getan werden muss. Diesen Eindruck bestätigen auch zahlreiche betroffene Unternehmer. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu bedenken, dass straßenbauliche Maßnahmen, Beispiel: St.-Peter-Hauptstraße, Annenstraße oder auch Murgasse demnächst starke Konkurrenz durch eine hohe Dichte an Einkaufszentren, vor allem am Stadtrand, und dort vor allem außerhalb unserer städtischen Grenzen und wirtschaftliche Einbußen im Zusammenhang mit der noch nicht überstandenen Wirtschaftskrise kleinere Handels- und Gewerbebetriebe am härtesten treffen.

Ausgehend von meiner Überzeugung, dass die bestehenden Fördermaßnahmen nicht ausreichend sind, richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Anfrage:

Welche konkreten Initiativen werden Sie zusätzlich zu den bereits bestehenden Fördermaßnahmen ergreifen, um den kleinen städtischen Handels- und Gewerbebetrieben und solchen mittlerer Größe nachhaltigere Unterstützung zukommen zu lassen (*Applaus FPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Auch ich danke Ihnen für Ihre Zustimmung im Ausschuss für unsere Wirtschaftsstrategie Graz 2015. Auch danke ich Ihnen für Ihre Fragen, die Sie im Ausschuss gestellt haben und die wir dann auch glücklicherweise nicht nur beantworten konnten, auf die ich auch eingehen durfte. Nun konkret. Sie haben Recht, Sie haben mich am 20. 1. und auch am 18.1.2010 gefragt, dass, wenn wir Wirtschaftsförderung machen, was wir für Klein- und Mittelunternehmer tun, und da gab ich Ihnen eine Antwort. Ich beantworte diese nun gerne noch einmal. Damals waren es schon Maßnahmen, die im Vorfeld noch nicht durchgeführt wurden in der Stadt Graz. Es gab das erste Service- und Citymanagement für Klein- und Mittelbetriebe, die erste Grazer Innenstadtinitiative, es ging dabei und auch noch weiterhin mit sehr, sehr vielen beteiligten Unternehmen diese mit Kundenbindungs- und Marketingmaßnahmen nicht nur zu unterstützen, auch zu coachen, Sie wissen auch von dem Baustellenmarketing, dass das sehr gut läuft sowohl in der St.-Peter-Hauptstraße, wir haben darüber gesprochen, und auch da habe ich Ihnen Recht gegeben in dem, dass wir gesagt haben, es ist ein bisschen zu spät begonnen worden, wir haben das System erst eingeführt, aber wenn wir jetzt die Murgasse hernehmen, bieten wir dort auch individuelle Unterstützung an mit auf der einen Seite ganzheitlichen Marketingmaßnahmen, aber auch einzelnen Kommunikationsmaßnahmen vor, während und auch nach der Baustelle. Insgesamt könnte ich Ihnen nun, und das kann ich Ihnen dann auch gerne weitergeben, aber ich darf heute auch noch die Wirtschaftsstrategie präsentieren, wenn ich spreche von Wirtschaftsstrategie, denken wir hier ja auch gemeinsam vor. Es sind Projekte im Laufen mit der Wirtschaftskammer, auch mit der Industriellenvereinigung,

beispielsweise Jugendbeschäftigung, und insgesamt sind 32 Maßnahmen zurzeit nicht nur in der Umsetzung, teilweise in der Planung, aber auch schon in der konkreten Umsetzung für unsere Klein- und Mittelbetriebe, die es zu fördern gilt. Ich nehme auch Jakomini Viertel her, ich nehme das GründerInnenzentrum her und eine kurze Anmerkung noch für davor. 40 % der Neugründungen sind Frauen, der Frauenanteil, und in der Wirtschaftsstrategie haben wir auch neu die Präambeln des Hauses Graz übernommen, das heißt, die Gleichstellung auch von Frauen und Männern und damit eingebunden in die Strategie für Graz. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 14.30 Uhr den Vorsitz.

9) Vorbereitende Maßnahmen der Stadt im Falle eines Reaktorunfalls in einem Kernkraftwerk eines Nachbarlandes

GR. **Schröck** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Katastrophe in Japan ruft die Gefahren der Atomenergie auch in Österreich und in Graz auf tragische Art und Weise in Erinnerung. Diese Vorfälle samt den Folgeschäden sensibilisieren uns jetzt besonders für diese Art von Gefahr.

Österreich hat sich zwar 1978 gegen die Nutzung der Atomenergie ausgesprochen, die grenznahen Atomkraftwerke in Slowenien, Tschechien und der Slowakei sind aber eine hochgradige Gefahr für Österreich und unsere Stadt. Wenn in Krsko das Unfassbare passieren sollte, dann ist an ein normales Leben in den nächsten Generationen im nur 120 km entfernten Graz nicht mehr zu denken.

Darum, Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Welche Maßnahmen hat die Stadt Graz ergriffen, um im Falle eines Reaktorunfalls, eben beispielsweise im nahe gelegenen Krsko, Schaden von der Stadt Graz und deren Bevölkerung abzuwenden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Beschäftigt uns alle, was können wir tun, was kann man privat tun, was können wir aber auch als Stadt tun. Damit haben wir uns natürlich nicht erst seit gestern beschäftigt, sondern da gibt es ganz klare Alarmierungspläne und Überlegungen, wie man mit einem solchen Störfall oder mit so einer Katastrophe umzugehen hat. Wirksamste Prävention, das möchte ich allen Ausführungen noch voranstellen, wäre das Abschalten aller Kraftwerke, und da werden wir uns auch heute diesem Thema noch einmal widmen, weil wenn ein Kraftwerk, das so nahe ist wie Krsko, wirklich Probleme hat, dann haben wir bei, ich sage einmal für die Stadt Graz, ungünstigen Windverhältnissen vom Süden Richtung Graz ungefähr drei Stunden Zeit, damit man also auch das einmal gehört hat, das ist sehr, sehr wenig Zeit, um dann überhaupt noch zu reagieren und zu handeln. Ich fange vielleicht auch noch einmal an. Prinzipiell handelt es sich bei solchen Störfällen um nicht lokal begrenzte Gefährdungen, sondern um bezirks- und länderübergreifende Bedrohungen. Solche Maßnahmen werden daher von Bundesseite und von den zuständigen Landesregierungen koordiniert. Es gibt umfangreiche österreichweite und landesweite Alarm- und Maßnahmenpläne, in die die Berufsfeuerwehr Graz selbstverständlich eingebunden ist. Im Speziellen handelt es sich um Schutz-, Sicherheits- und Interventionsmaßnahmen. Der Maßnahmenkatalog für die Steiermark, die Fachabteilung 17b, die

Landesamtsdirektion und die Abteilung 20 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung haben einen Interventionsplan für das Land Steiermark für Schutzmaßnahmen bei radioaktiver Kontamination implementiert. In erster Linie ist dieser Interventionsplan die organisatorische Grundlage für die Festlegung und Durchführung von Maßnahmen im Falle großräumiger radioaktiver Kontamination. Der Rahmenplan gilt ebenso bei kleinräumigen Kontaminationen. Die Aufgaben der Feuerwehr sind die Durchführung von Sofortmaßnahmen, Menschenrettung, Absperrungen, Transporte, Benachrichtigung beziehungsweise Anforderung anderer Dienststellen und Einrichtungen, die Mitarbeit bei den Folgemaßnahmen über Entscheidungen der Einsatzleistung, zum Beispiel Suchen und Sicherstellen von Strahlenquellen, Abschirmen von Strahlenquellen und vieles mehr. Der Österreichische Feuerwehrverband, der ÖBFV, hat das Sachgebiet 4.5 mit den Agenden des Strahlenschutzes betraut. Im Wesentlichen geht es um einheitliche Aus- und Weiterbildung und um die Aufgabe, den Stand der Wissenschaft und Technik zu implementieren. Die steirischen Feuerwehren im Landesfeuerwehrverband wurden nach Tschernobyl mit einem Landeseinsatzkommando, die sogenannte LEKO-Strahl, sowie Strahlenstützpunkten eingerichtet. Die Berufsfeuerwehr der Stadt Graz, bei der Berufsfeuerwehr wurde in den letzten Jahren eine Special-Task-Force STF für Schadstoffeinsätze gegründet. Als Grundlage für den organisierten Einsatz gelten einschlägige Richtlinien und Dienstanweisungen. Ich könnte es jetzt noch da lange fortsetzen. Vielleicht die wesentlichste Antwort ist und das ist ein Strahlenschutzratgeber, den jeder abrufen kann. Also den bitte auch weiterzugeben, falls Personen dich fragen, was kann man denn da wirklich tun, dieser Strahlenschutzratgeber ist bei uns auf der www.graz.at-Seite im Bereich Katastrophenschutz und Feuerwehr abzurufen. Er steht dort als Strahlenschutzratgeber. Da sieht man sehr genau, was im Falle zu tun ist. Wir haben sehr viele Alarmpläne und vielleicht, damit ich jetzt nicht zu sehr überziehe, da gibt es viele Adressen, wer zu verständigen ist, wer die Organisationsmaßnahmen zu übernehmen hat, aber dann gibt es einen Maßnahmenkatalog, und dieser Maßnahmenkatalog sieht zuerst Maßnahmen in der Vorwarnphase vor, dann

Maßnahmen in der Kontaminierungsphase und dann Maßnahmen in der Zwischen- und Spätphase. Das sind, würde ich einmal sagen, rund mehr als 100 Punkte, die es dann zu bearbeiten gilt, in der jeweiligen Phase, ganz, ganz wichtig, es gibt zum Beispiel in der Vorwarnphase unter anderem die Vorbereitung der sogenannten Jodblockade. Also kriege ich die Tabletten, die werden dann ausgegeben, da gibt es eine ganz klare Geschichte, wir haben auch genügend, das ist auch mir jetzt in den letzten Tagen klar mitgeteilt worden, wo sie ausgegeben werden, dass die Apotheken mit dabei sind. Wichtig ist, dass in einem solchen Fall die Menschen dieses Medikament noch nicht einnehmen, das wird dann bekanntgegeben in der sogenannten Kontaminierungsphase, da kommt dann die Jodblockade durch Einnahmen von Kalium-Jod-Tabletten wirklich zum Tragen. Das heißt, wir sind einmal soweit gerüstet, soweit man bei einer solchen Katastrophe gerüstet sein kann. Vielleicht nur die 14 Punkte bei einer Warnung. Da sieht man nämlich, was da alles zu tun ist. Zuerst die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, die Warnung und Alarmierung der betroffenen Bevölkerung, die Vorschreibung des Aufenthaltes in Gebäuden, die Vorbereitung der Jodblockade, das heißt, Ausgabe dieser Medikamente, die Evakuierung in der Vorwarnphase, Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und Nutztierhaltung, unverzügliche Ernte von vermarktungsfähigen Produkten, insbesondere von Blattgemüse, was man noch holen kann, muss man vorweg holen, die Abdeckung der Anbauflächen mit Folien, das Schließen von Gewächshäusern, das Verbringen von Nutztieren in Stallungen, das Schließen der Stallungen, den Schutz offen lagerndes Futtermaterials, die Unterbindung des Zulaufs von Zisternen und Wasserspeichern und Gefäßen, Maßnahmen im Bereich der Verkehrsbringung von Nahrungsmitteln, Schutz offen lagernder Nahrungsmitteln. Also das sind jetzt nur 14 Punkte, die in der Vorwarnphase sofort ergriffen werden müssen. Es folgen dann, wenn ich so sagen darf, in der zweiten Phase noch einmal 22 Maßnahmen, das ist aber da so etwas wie ein Stichwort und hinter jeder Maßnahme gibt es natürlich extrem viel zu tun und das bringe ich jetzt wieder in Korrelation mit den wenigen Stunden, die dir im Falle einer Warnung auch bleiben. Das heißt, ich glaube, man muss ganz offen umgehen mit dem Thema, den besten Schutz auch

präventiv, den wir schaffen können, aber das müsste dann einmal weltweit erfolgen, ist überhaupt zu verhindern, dass wir in eine solche Gefährdung kommen. Ansonsten glaube ich, dass wir von Bundes-, Landes- und Stadtseite gut vorbereitet sind und wie gesagt, die Feuerwehr wird ein ganz besonderer Stützpunkt in der Frage sein und wir haben auch einen Alarmierungsplan, in dem die Einsatzleitung nur Persönlichkeiten überantwortet werden kann, die eine spezielle Ausbildung haben, das sind rund zehn Personen, die in Graz zur Verfügung stehen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Schröck**: Herr Bürgermeister, ich werde dir und deiner Fraktion auch heute mittels meines dringlichen Antrages noch die Möglichkeit geben, hier auch gegen Atomkraft in unseren Nachbarländern aufzutreten. Aber das meine ich gar nicht böse, es ist halt nur angesichts der derzeitigen auch medialen Darstellung, unsere Verantwortlichen im Katastrophenschutzbereich und der Dinge, über die dort im Moment noch vorrangig diskutiert werden, veranlassen mich dann schon auch zu einer gewissen Sorge, dass eben diese ganzen Maßnahmen, wie du sie auch genannt hast, dann auch wirklich in ordentlicher Art und Weise umgesetzt werden und wie du auch gesagt hast, ist der einzig richtige Schutz, dieses Schrottwerk abzuschalten. Deswegen meine Zusatzfrage: Bist du bereit, dich auf allen politischen Ebenen auch dafür einzusetzen, dass eben all diese Reaktoren rund um Österreich, die eine eklatante Gefahr für Graz darstellen, wie Krsko, Temelin, Bohunice usw. aber natürlich auch die Reaktoren in Deutschland, die jetzt vorübergehend abgeschaltet wurden, dass diese abgeschaltet werden und geschlossen bleiben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine meiner ersten Maßnahmen war, auch den Bürgermeisterkollegen in Slowenien, das ist die unmittelbarste Bedrohung, von uns ein Schreiben zu schicken, indem ich sie ersuche auch mitzuhelfen, weil auch unsere

Partnerstädte Ljubljana und Maribor, sind die Bürgermeister zu ersuchen, auch nochmals die Diskussion in ihren Ländern zu beginnen. Die innerstaatliche Einmischung ist immer eine schwierige und diplomatische Angelegenheit. Ich sage aber noch einmal seit den Bildern, die wir da von Tschernobyl bekommen haben, auch jetzt denke ich immer wieder drüber nach, wie kann es gelingen, das Vorbild Österreichs, auf das ich sehr, sehr stolz bin, sogar ein solches Kraftwerk gebaut zu haben und nicht in Betrieb genommen zu haben, möglichst weltweit zu verbreiten und zu vertreten und ich werde überall mit dabei sein, sowohl als Person als auch als Bürgermeister und wir als Stadt, dagegen aufzutreten, in der Hoffnung, dass die Menschen und die Verantwortungsträger sowohl in der Energiepolitik als auch in den Unternehmungen selbst drauf aufmerksam zu machen, dass hier dringend umzukehren ist, das ist eine Gefahrenquelle, die niemand letzten Endes dann auch richtig bearbeiten kann. Ich sage nämlich auch was dazu, die Pläne sind gut, im Ernstfall haben wir sie dann auch umzusetzen, dann muss man im Ernstfall auch auf Menschen zurückgreifen können, die ausgebildet sind und die dann auch die Verantwortung tragen, und haben wir jetzt auch Japan schon tragischerweise wieder miterleben müssen, wenn dann viele in Panik an Flucht denken und sich selbst schnell absetzen, kann niemand garantieren, ob alle Kräfte, die wir dann auch brauchen, tatsächlich all diese Maßnahmen treffen. Also es ist heute eingangs gesagt worden, mögen wir verschont bleiben von den Dingen, wir haben uns, glaube ich, bestmöglich, auch unsere Experten, vorbereitet und der wirksamste Schutz, da werden wir heute noch diskutieren und auch was beschließen, besteht nur in der Abschaffung von Atomkraftwerken. Allein, es gibt ja nicht einmal ein Endlager noch auf dieser Welt, sie werde alle nur als Zwischenlager bezeichnet, das in die Felsen und in die Berge einzubringen, ich habe gestern einen Bericht im Fernsehen gesehen, dass man drüber nachdenkt, wie man diesen atomaren Müll in Bergwerken kennzeichnen kann, dass Menschen, die das vielleicht in 20.000 Jahren zufällig finden, gleich wissen, dass sie dann ein Problem haben werden. Also wir beschäftigen uns ja mit Dingen und ob das 20.000 oder eine Million Jahre sind, das ist eigentlich alles so was von verantwortungslos, was der Mensch da macht, dass ich dir nur Recht geben kann. Ich

glaube, wir sind gut vorbereitet, aber gut nur im Sinne von, dass es Pläne gibt und dass man dann anpacken müssen und hoffentlich kommt es nie soweit (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 14.5 Uhr den Vorsitz.